

**Öffentlich-rechtlicher Vertrag
zur Übertragung der Schulträgerschaft
für die Goethe-Oberschule
in Kremmen**

zwischen

dem Landkreis Oberhavel
vertreten durch den Landrat
Adolf-Dechert-Straße 1
16515 Oranienburg

- nachfolgend: Landkreis -

und

der Stadt Kremmen
vertreten durch den Bürgermeister
Am Markt 1
16766 Kremmen

- nachfolgend: Stadt -

VERSION 2.4



Präambel

Der Landkreis Oberhavel und die Stadt Kremmen schließen auf der Grundlage des § 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Brandenburg vom 7. Juli 2009 (GVBl. I/09, [Nr. 12], S. 262, 264), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 8], S. 4) i.V.m. §§ 54ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003, (BGBl. I, S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I, Nr.236), sowie der §§ 101, 107, 142 des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz – BbgSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I/02, [Nr. 08], S. 78), zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs.5 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24 [Nr. 10] S. 79), nachfolgenden öffentlich-rechtlichen Vertrag:

§ 1

Schulträgerwechsel

Nachdem die Stadt Kremmen als Schulträger der Goethe-Oberschule, Straße der Einheit 2, 16766 Kremmen, gegenüber dem Landkreis Oberhavel die Absicht angezeigt hatte, die Schulträgerschaft für die Goethe-Oberschule übertragen zu wollen, hatten die Parteien am 14.11.2023 eine diesbezügliche Absichtserklärung miteinander vereinbart. In Folge der bisherigen Verhandlungsergebnisse zwischen der Stadt und dem Landkreis hat diese Absichtserklärung jedoch mit Beginn des Schuljahres 2024/2025 ihre Geltung verloren.

Dessen ungeachtet haben die Stadt und der Landkreis die Verhandlungen zum Schulträgerwechsel intensiv fortgeführt mit dem Ziel, eine für beide Seiten tragfähige und für den Schulstandort Kremmen angemessene Übertragung der Goethe-Oberschule im Sinne der §§ 107 i.V.m. 100, 142 BbgSchulG zu ermöglichen.

§ 2

Zeitpunkt des beabsichtigten Schulträgerwechsels

Die Stadt als bisheriger Schulträger und der Landkreis als künftiger Schulträger vereinbaren die Übertragung der Schulträgerschaft zum Schuljahresbeginn 2025/26 mit Wirkung ab dem 01.08.2025.

Der Trägerwechsel hat keine Auswirkungen auf den Ablauf eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs für die Goethe-Oberschule.

Der Name „Goethe-Oberschule“ wird auch nach dem Wechsel der Schulträgerschaft für die Oberschule beibehalten werden.

§ 3

Zwei Schulen – ein Schulgebäude

(1) Das Schulgebäude, Straße der Einheit 2 in 16766 Kremmen (Grundstücke eingetragen beim Amtsgericht Oranienburg im Grundbuch von Kremmen, Blatt 3108, Flur 29 Flurstück 5049 und 3698) wird sowohl von der Goethe-Oberschule als auch von der Goethe-Grundschule genutzt. Beide Schulformen bestehen unabhängig voneinander, werden eigenständig geführt und haben je eine Schulleitung.

Es überwiegt die schulische Nutzung des Schulgebäudes und des Schulgeländes durch die Goethe-Grundschule, die aktuell mit 13 Schulklassen zweizügig geführt wird. Des Weiteren umfasst das Schulgebäude den städtischen Hort. Die kleine Sporthalle (K60) zur ausschließlichen Nutzung durch die Goethe-Grundschule schließt an.

Elf Schulklassen hat hingegen die zweizügig geführte Goethe-Oberschule. Da das Schulgebäude nicht ausreichend Platz bietet, sind bereits jetzt Unterrichts- und Fachräume der Goethe-Oberschule auf dem Schulgelände in ergänzend von der Stadt angemieteten Schulcontainern untergebracht.

Die Mehrzweckhalle sowie die Außensportanlagen werden überwiegend nicht zu schulischen Zwecken der Goethe-Oberschule genutzt. Sie werden stattdessen ganz überwiegend von der Goethe-Grundschule, von den Sportvereinen sowie von der Stadt selbst genutzt.

In Folge der überwiegend städtischen Nutzung sind sich die Vertragspartner darüber einig, dass bei der Übertragung der Schulträgerschaft für die Goethe-Oberschule vorliegend § 107 Abs. 2 Satz 2 BbgSchulG zur Anwendung kommt und die von der Goethe-Oberschule genutzte Grundstücksfläche sowie die von ihr genutzten Räumlichkeit im Schulgebäude und die Sportanlagen dem Landkreis als künftigen Schulträger in dem Umfang unentgeltlich zur schulischen Nutzung gegen eine anteilige Beteiligung an den Kosten der Grundstücksunterhaltung überlassen werden, in dem sie bisher zu Zwecken der Goethe-Oberschule genutzt wurden.

Ein Übergang der Schulgrundstücke findet nicht statt.

Sie verbleiben aufgrund der überwiegenden schulischen Nutzung durch die Goethe-Grundschule, deren Trägerin die Stadt bleibt, durch die Sportvereine sowie die Stadt selbst im Eigentum der Stadt.

Etwaige Belastungen werden vom Landkreis weder übernommen noch abgelöst.

(2) Unter Hinweis auf die entsprechenden Grundbuchauszüge für die oben bezeichneten Schulgrundstücke, die keine Eintragungen zu Grunddienstbarkeiten wie z.B. Geh-, Fahr- oder Leitungsrechte, Anlagen- und/oder Wegrechte enthalten, versichert die Stadt, dass vom Landkreis als künftigen Träger der Goethe-Oberschule keine solchen Belastungen zu beachten sind.

(3) Die Nutzungsüberlassung gemäß § 107 Abs. 2 Satz 2 BbgSchulG endet mit Ablauf des Monats, in dem der Umzug der Goethe-Oberschule in den fertiggestellten Schulneubau abgeschlossen ist (vgl. insoweit die Investitionsverpflichtung des Landkreises unter § 5 dieses Vertrages).

§ 4

Übertragung von Inventar, Lehr- und Lernmitteln

(1) Mit Wirkung ab dem 01.08.2025 geht die im Schulgebäude vorhandene Inneneinrichtung der Goethe-Oberschule (Inventar und mobiles Vermögen) entschädigungslos und ergebnisneutral auf den Landkreis als neuem Schulträger über, soweit sie für schulische Zwecke benötigt wird (§ 107 Abs. 1 BbgSchulG). Gleiches gilt für die Lehr- und Lernmittel.

(2) Zum Umfang des mit dem Schulträgerwechsel einhergehenden Übergangs von Inventar und mobilem Vermögen wird auf das zwischen den Vertragsparteien abgestimmte Inventar- und Anlagenverzeichnis „Schule“ Bezug genommen (Anlage 1).

(3) Für den Schulsport der Goethe-Oberschule bestimmte und bisher im Eigentum der Stadt als bisherigem Schulträger befindliche Sportgeräte sowie die Sporthallenausstattung (Inventar der Sportanlagen) gehen ebenfalls entschädigungslos und ergebnisneutral auf den Landkreis Oberhavel als neuem Schulträger über, soweit sie nicht fest verankert werden können und nachweislich funktionstüchtig sind (Vorhandensein gültiger DGUV-Prüfsiegel). Auf das zwischen den Vertragspartnern abgestimmte Inventar- und Anlagenverzeichnis „Sport“ wird Bezug genommen (Anlage 2).

(4) Ausgenommen vom Übergang nach Absatz 3 sind Sportgeräte und Ausstattungsgegenstände, die Vereinseigentum sind, in der Sporthalle (Mehrzweckhalle) gelagert werden und dort auch verbleiben. Auf Veranlassung der Stadt werden diese im Vorfeld der Übernahme der Goethe-Oberschule am 01.08.2025 von den Vereinen deutlich gekennzeichnet, so dass sie nicht zum Inventar- und Anlagenverzeichnis „Sport“ aufgenommen werden.

(5) Nicht übergehendes Inventar sowie nicht gebrauchsfähige Lehr- und Lernmittel und nicht funktionstüchtige Sportgeräte sind von der Stadt zu beräumen. Kommt die Stadt ihrer Beräumungspflicht nicht nach, ist der Landkreis berechtigt, die Beräumung und Entsorgung auf Kosten der Stadt zu veranlassen.

(6) Sollte nach Übergang des Inventars gemäß der Anlagen 1 und 2 bis zum Umzug der Goethe-Oberschule an einen neuen Schulstandort ein Inventarwechsel durch

einen Austausch bzw. eine Erneuerung (Neuanschaffung) notwendig werden, sind sich die Parteien darüber einig, dass zum Zeitpunkt des Umzugs nicht mehr benötigtes Inventar der Landkreis der Stadt zum Erwerb anbietet.

§ 5

Investitionsverpflichtung

Gemäß § 3 des Vertrages und im Hinblick auf die in der Schulentwicklungsplanung des Landkreises und dessen Teilfortschreibung ausgewiesenen Schülerprognosen für das Planungsgebiet 1 für die Jahre 2022 bis 2027 bedarf es einer Erweiterung der Kapazitäten für die Goethe-Oberschule.

Es besteht zwischen den Vertragspartnern Einigkeit, dass die erforderliche Kapazitätserweiterung auf dem derzeitigen Schulgrundstück dauerhaft nicht zu realisieren ist.

Zur Stärkung des Schulstandortes Kremmen verpflichtet sich der Landkreis Oberhavel angesichts dessen, ein neues Schulgebäude an einem Standort der Stadt Kremmen zu errichten.

Damit soll insbesondere der unter § 3 bereits dargestellten Schulsituation der Goethe-Oberschule angemessen Rechnung getragen werden.

Unter Berücksichtigung der im aktuellen Schulentwicklungsplan und der Teilfortschreibung ausgewiesenen Schülerzahlen wird ein dreizügiger Schulbau vorgesehen und geplant.

§ 6

Notwendiger Erwerb von Grundstücken

Für die Errichtung des Schulneubaus in Kremmen steht kein landkreiseigenes Grundstück zur Verfügung.

Der Stadt ist somit der Umstand bekannt, dass der Landkreis zunächst Grundbesitz, welcher zu schulischen Zwecken geeignet und zu nutzen ist, erwerben muss, um das Investitionsvorhaben gemäß § 5 umzusetzen.

Die Investitionsverpflichtung steht danach unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Landkreis auf eigenem Grund und Boden den Schulneubau realisieren kann.

Kommen mehrere Grundstücke an verschiedenen Standorten in Betracht, behält sich der Landkreis vor, vor dem Erwerb eines Grundstückes einen Machbarkeitsvergleich über die Eignung zu erstellen bzw. erstellen zu lassen. Die Stadt sichert diesbezüglich eine Zusammenarbeit zu. Sie hat bereits eine Machbarkeitsstudie erstellt.

Es besteht Einigkeit zwischen den Vertragspartnern, dass Grundstücksakquise und Grundstückserwerb innerhalb von maximal drei Jahren abgeschlossen sein sollten.

Des Weiteren besteht Einigkeit darüber, dass der Landkreis erst mit dem unwiderruflichen Erwerb eines geeigneten Grundstücks oder eines Grundstücksareals und der entsprechenden Eintragung im Grundbuch mit der konkreten Planung des Projekts beginnen kann.

§ 7

Bebauungsplan

(1) Sofern für die vom Landkreis zu erwerbende Grundstücksfläche noch kein Bebauungsplan besteht oder ein bestehender Bebauungsplan für die Realisierung des Investitionsvorhabens gemäß § 5 des Vertrages zu ändern ist, verpflichtet sich die Stadt, in Abstimmung mit dem Landkreis einen Bebauungsplan zu erstellen bzw. er-

forderliche Änderungen an einem bestehenden Bebauungsplan vorzunehmen, um Planungsrecht herzustellen.

(2) In dem Umfang, in dem Aufwendungen durch das Investitionsvorhaben begründet werden, übernimmt der Landkreis die Kosten für die Schaffung von Planungsrecht.

§ 8

Rechtsnachfolger für laufende Verträge/Beteiligung an den Kosten der Grundstücksunterhaltung

(1) Zum Zeitpunkt des Schulträgerwechsels tritt der Landkreis als neuer Schulträger und Rechtsnachfolger in bestehende Ver- und Entsorgungs-, Dienstleistungs- und Lieferverträge ein, soweit diese *ausschließlich* die Goethe-Oberschule betreffen und zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs notwendig sind.

(2) Die Stadt informiert den Landkreis bis zum 31.03.2025 über die unter Absatz 1 genannten Vertragsverhältnisse, übergibt dem Landkreis vollständig die entsprechenden Vertragsunterlagen und unterrichtet ihre bisherigen Vertragspartner rechtzeitig über den bevorstehenden Schulträgerwechsel und den Eintritt des Landkreises in die jeweiligen Verträge mit Wirkung ab dem 01.08.2025.

(3) Die Stadt sichert zu, dass zum Zeitpunkt des Eintritts des Landkreises in die Verträge nach Absatz 1 keine offenen Forderungen zwischen den vormaligen Vertragspartnern bestehen.

(4) Soweit bestehende Verträge (insbesondere Ver- und Entsorgungsverträge) den Gesamtkomplex des Schulgeländes betreffen und sich somit auf den Schulbetrieb in Gänze, bestehend aus der Goethe-Grundschule und der Goethe-Oberschule, erstrecken, tritt der Landkreis *nicht* als neuer Schulträger der Goethe-Oberschule in diese Verträge ein.

(5) Zu den Kosten der Grundstücksunterhaltung nach § 3 des Vertrages zählen die Betriebskosten, an denen sich der Landkreis als neuer Schulträger anteilig ab dem

01.08.2025 für die von der Goethe-Oberschule genutzten Räumlichkeiten im Schulgebäude mit 46 Prozent beteiligt.

Die Kosten, die auf gemeinschaftlich genutzte Flächen entfallen (Treppenhaus, Flure, WCs), werden vom Landkreis zu 50 Prozent getragen.

Für die Mehrzweckhalle trägt der Landkreis 1/3 der Kosten.

Für die Außensportanlagen trägt der Landkreis 1/4 der Kosten.

Hinsichtlich seiner Beteiligung an den Kosten der Grundstücksunterhaltung im Sinne des § 107 Abs. 2 Satz 2 BbgSchulG verpflichtet sich der Landkreis, beginnend ab dem 01.01.2026 quartalsweise Abschlagszahlungen an die Stadt zu leisten.

Die Abschlagszahlungen werden zwischen den Vertragsparteien wie nachstehend vereinbart:

93.300,00 Euro, jeweils fällig zum
10. Januar, 10. April, 10. Juli und 10. Oktober d. J.

Die abzurechnenden Kosten werden dem Landkreis spätestens bis zum 31.03. des Folgejahres, erstmalig also für den Abrechnungszeitraum vom 01.08.2025 bis 31.12.2025 bis zum 31.03.2026, von der Stadt unter Berücksichtigung geleisteter Abschlagszahlungen in Rechnung gestellt (Spitzabrechnung).

§ 9

Besondere Vereinbarungen

(1) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass im Zuge des Schulträgerwechsels keine Arbeitsverhältnisse, welche bisher mit der Stadt Kremmen bestehen, auf den Landkreis als neuen Träger der Goethe-Oberschule übergehen.

(2) Die Schulsekretariate werden getrennt mit der Maßgabe, dass die bisherige Schulsekretärin unverändert für die Stadt tätig und nach dem Schulträgerwechsel künftig für die Goethe-Grundschule zuständig ist. Der Landkreis Oberhavel wird sei-

nerseits das Schulsekretariat für die Goethe-Oberschule in eigener Verantwortung besetzen. Die Stadt sichert zu, dass eine Einarbeitung durch die bisher zuständige Sekretariatskraft erfolgt.

Sollte zum Zeitpunkt des Schulträgerwechsels noch keine Stellenbesetzung erfolgt sein, sichert die Stadt zu, dass die Aufgaben des Schulsekretariats für die Goethe-Oberschule für eine Übergangszeit von der bisherigen Sekretariatskraft wahrgenommen werden. Für die Dauer der Übergangszeit trägt der Landkreis anteilig die Personalkosten (50 Prozent).

(3) Sollte mit der Trennung der Schulsekretariate auch eine räumliche Veränderung verbunden sein, die Umbaumaßnahmen innerhalb des Schulgebäudes erforderlich macht, sind diese Arbeiten von der Stadt auf deren Kosten zu beauftragen. Die Raumplanung erfolgt in Abstimmung mit dem Landkreis.

(4) Das Arbeitsverhältnis des bei der Stadt beschäftigten Schulhausmeisters besteht über den 01.08.2025 unverändert fort. Soweit dessen Tätigkeiten und Aufgabenbereiche anteilig der Goethe-Oberschule zuzurechnen sind, berücksichtigt die Stadt ab dem 01.08.2025 die entsprechenden Personalkosten bei der vom Landkreis zu tragenden Beteiligung an den Kosten der Grundstücksunterhaltung gemäß § 8 Absatz 5 dieses Vertrages.

(5) Angesichts der Tatsache, dass bereits von der Stadt für einen geordneten Schulbetrieb der Goethe-Oberschule Schulcontainer angemietet wurden und der Mietvertrag dafür aktuell am 31.08.2027 endet, übernimmt der Landkreis in Folge des Schulträgerwechsels ab dem 01.08.2025 die Mietkosten in Höhe von monatlich ca. 6.850,00 EUR (Brutto-Betrag). Diese Mietkosten sind ebenfalls Bestandteil der nach § 8 Abs. 5 des Vertrages veranschlagten Abschlagszahlungen. Der Landkreis erhält eine Kopie des derzeitigen Mietvertrages.

(6) Die zum Schulgelände gehörenden Außensportanlagen und Sporthallen werden der Goethe-Oberschule im bisherigen Umfang für den Schulsport und die schulischen Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung gestellt bzw. bestimmt sich der zur Verfügung zu stellende zeitliche Rahmen nach den für das jeweilige Schuljahr geltenden Stundenplänen der Goethe-Oberschule.

(7) Die Stadt sichert zu, dass die schulische Nutzung von Außensportanlagen und Sporthallen Priorität, insbesondere Vorrang vor dem Vereinssport hat.

(8) Dem Landkreis ist bekannt, dass es im Rahmen von Veranstaltungen des Vereinssports, bei Festakten und sonstigen Veranstaltungen der Stadt in der Sporthalle (Mehrzweckhalle) zu Nutzungseinschränkungen des Hallenbereiches kommen kann. Über die Termine und den voraussichtlichen Umfang der Einschränkungen wird seitens der Stadt eine rechtzeitige Information an die Schulleitung der Goethe-Oberschule und den Landkreis als Schulträger erfolgen.

§ 10

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit des übrigen Vertrages nicht berührt. Im Falle der Unwirksamkeit solcher Bestimmungen sind diese durch Regelungen zu ersetzen, die den unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommen.

§ 11

Schriftformerfordernis

Änderungen, Ergänzungen oder die Aufhebung des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine nachträgliche Vereinbarung über den Wegfall des Schriftformerfordernisses.

Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Partei erhält ein Exemplar.

.....
Ort/Datum

.....
Ort/Datum

.....
für den Landkreis Oberhavel

.....
für die Stadt Kremmen

Volker-Alexander Tönnies

Sebastian Busse

Landrat

Bürgermeister

.....
Holger Mittelstädt

.....
Manuela Nebel

Dezernent für Bildung, Kultur und Sport

stellv. Bürgermeisterin